

Rede des Vorsitzenden der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di, Frank Bsirske, zum 1. Mai 2010 in Hannover

1.	Zur Finanzmarktkrise	S. 02
2.	Re-Regulierung der Finanzmärkte	S. 03
3.	Das Beispiel Griechenland	S. 06
4.	Wer zahlt die Zeche	S. 07
5.	Gerecht geht anders	S. 09
6.	Mindestlohn	S. 10
7.	Kommunen in Not	S. 11
8.	Steuer- und Finanzpolitik	S. 12
9.	Gesundheitspolitik – Kopfpauschale	S. 13
10.	Rente erst ab 67	S. 15
11.	Gute Arbeit	S. 17
12.	Gemeinsam gegen Lohn- und Sozialdumping	S. 18

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch wenn die Arbeitslosigkeit in unserem Land dank der Kurzarbeit nicht so stark angestiegen ist, wie allseits lange befürchtet, auch wenn die Auftragslage wieder anzieht, so ist die Wirtschaftskrise noch lange nicht überwunden und erhält die Krise an den internationalen Finanzmärkten immer neue Nahrung.

Das Spekulationskarussell dreht sich weiter und der Cassinobetrieb läuft auf vollen Touren. Diesmal gegen Staaten, aktuell trifft es Griechenland doch die nächsten Kandidaten sind schon im Visier: Portugal, Spanien, Italien, Irland.

1. Zur Finanzmarktkrise

Statt - insbesondere in Deutschland – daran zu gehen, die Binnennachfrage zu stärken und zu einer neuen Balance zwischen Export und Binnenmarkt zu kommen, werden so die ökonomischen Ungleichgewichte in der EU noch weiter verschärft. Das größte Problem nämlich sind zur Zeit nicht prassende Griechen, sondern die Ungleichgewichte in der Eurozone. So sieht das Umfeld aus, in dem wir uns heute zum 1. Mai versammelt haben.

Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile schreiben wir das Jahr Drei der Finanzmarktkrise – und lernen immer wieder neu dazu.

Die Liste ist lang.

Eben noch haben die Staaten die Finanzbranche mit hunderten Milliarden Euro und massiver Staatsverschuldung vor dem Totalschaden gerettet, da erschallt schon der Ruf nach Haushaltskonsolidierung und wird den Bürgerinnen und Bürgern die Zeche präsentiert. Sie sollen zahlen – in Form von Sozialabbau und Leistungskürzungen – gerade so, als sei nicht das spekulationswütige Kapital das Problem, sondern ein verschwenderischer Sozialstaat.

Jetzt hat es Goldman-Sachs erwischt, die größte und mächtigste Bank der Wallstreet. Ihr wird vorgeworfen, Wertpapiere absichtlich so konstruiert zu haben, dass das Verlustrisiko so hoch war – um anschließend auf den Ausfall dieser Papiere zu wetten, während man gleichzeitig Werbung für sie machte. Haben Banken also

Schrottpapiere verkauft und gleichzeitig mit Wetten gegen diesen Schrott verdient? Ja, so sieht es aus: Und alles deutet darauf hin, daß dies weitverbreitete Praxis war und ist. Raubtierkapitalismus – hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt das einmal genannt.

Doch wenn diese Beschreibung zutrifft, dann muss man heute feststellen: Die Raubtiere laufen alle noch frei herum und suchen sich täglich neue Beute.

2. Re-Regulierung der Finanzmärkte

Viel ist zwar über die Notwendigkeit geredet worden, die Raubtiere an die Kette zu legen: Zockerpapiere zu verbieten, Schattenbanken zu schließen, alle Risiken bilanzierungspflichtig zu machen. Passiert ist allerdings so gut wie nichts! Und das gilt im Großen wie im Kleinen. International wie national.

Bis heute zwingen die Banken ihre Beschäftigten, den Kunden Papiere zu verkaufen, die die weder wollen noch brauchen. Um die Bedürfnisse der Kunden geht es dabei zu allerletzt. Was zählt, sind die Gewinnmargen. Das sind Verhältnisse, die Beschäftigte krank machen und Kunden arm.

„In regelmäßigen Abständen“ – hat kürzlich die Verbraucherzentrale Hamburg erklärt, „kommen zu uns Bankangestellte, die fragen, ob sie bei der Verbraucherzentrale arbeiten können, weil sie nicht mehr Produkte verkaufen wollen, von denen sie wissen, dass sie für die Kunden schlecht sind.“ Solchen Zuständen muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Faire Arbeit und faire Beratung – das muss im Bankgeschäft wieder zusammen gehören. Zum Beispiel, in dem tariflich festgelegt wird, dass Bankberater nicht auf den Verkauf bestimmter Finanzprodukte festgelegt werden dürfen. Die Bankenvorstände lehnen das ab. Das wäre ja ein Eingriff in die Führungs- und Geschäftsentscheidungen – na so weit kommt es noch, heißt es dort. Diese Herren wollen so weiter machen, wie bisher, Kolleginnen und Kollegen, trotz des Desasters, das sie angerichtet haben und trotz der damit verbundenen Folgen.

Nehmen wir zum Beispiel Deutschland: Seit dem Ausbruch der Finanzkrise vor zweieinhalb Jahren sind die deutschen Staatsschulden um 180 Milliarden Euro nach oben geschneilt. Das hat jetzt die Bundesbank veröffentlicht . Und sage und schreibe 98 Milliarden Euro davon, also mehr als die Hälfte, gingen für Bankenrettungspakete drauf. Gemessen daran wirkt es bizarr, wenn die Bundesregierung, statt doch wenigstens in der Eurozone die Finanzmarktregulierung energisch voranzutreiben, jetzt eine Bankenabgabe ins Gespräch bringt, bei der die Finanzinstitute eine Milliarde Euro pro Jahr einbringen sollen.

Eine Milliarde Euro pro Jahr – da müsste man hundert Jahre warten, um auf die Summe zu kommen, die der Staat in den letzten zwei Jahren an Schulden gemacht hat, damit vor allem nur die Banken gerettet werden. Und da sind Bürgschaften noch nicht einmal mitgerechnet. Hundert Jahre – so lange freilich wird es nicht dauern bis zur nächsten Finanzkrise. Und das totsicher, wenn, wie bisher keine Konsequenzen aus der Krise gezogen

werden und weiter darauf verzichtet wird, die Finanzmärkte energisch zu reformieren und zu re-regulieren.

Reformbedarf aber, Reformbedarf wird an der Wallstreet nicht gesehen. Nicht in der Londoner City und bei der Deutschen Bank auch nicht. Und dafür gibt es auch noch Schützenhilfe. In den USA bei den Republikanern des George W. Bush – die lehnen zum Beispiel einen Finanz-TÜV für Finanzprodukte wie es Obama zum Verbraucherschutz fordert, vehement ab. Ihr Pendant in Deutschland heißt Lindner und ist Generalsekretär der FDP. Der nennt den Staat – ich zitiere – einen „teuren Schwächling, der sich immer mehr Einfluss anmaßt.“ Sich mit Hundert Milliarden zu verschulden, um die Finanzbranche vor dem Totalschaden zu bewahren, dazu war der Staat gut genug. Aber jetzt, wo es um Konsequenzen aus dem Desaster geht, um entschlossene Re-Regulierung, damit sich so etwas nicht wiederholt – heißt es, der Staat maße sich immer mehr Einfluss an.

Kolleginnen und Kollegen,

Solche Leute wie Lindner tragen die Verantwortung dafür, dass Banken und Spekulanten so weiter machen können wie vor der Krise – gerade so, als sei nichts passiert. Eben noch vom Staat gerettet, spekulieren sie nun munter gegen eben diese Staaten – unter Einsatz genau der Zockerpapiere, die der reichste Mann der Welt auf dem Höhepunkt der Krise noch als „so finanzpolitische Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet hat – so genannte Kreditausfallversicherungen, nichts anderes als Insovenzwetten, die man zu dem auf Dinge abschließen kann, die einem noch

nicht mal gehören müssen – gerade so als würde man eine Brandschutzversicherung auf das Haus des Nachbarn abschließen und gleichzeitig schon mal den Brandsatz präparieren.

3. Das Beispiel Griechenland

Damit wurde jetzt gegen griechische Staatsanleihen spekuliert und deren Verzinsung nach oben getrieben. Weil man ja nicht wissen könne, wie lange sich Staaten wie Griechenland die Folgen der Bankenrettung noch leisten können. So etwas nennt man Chuzpe.

Es ist in der Tat paradox, Kolleginnen und Kollegen, da leiht die Europäische Zentralbank den Privatbanken Geld ohne Ende zu Billigstzinsen und anschließend verleihen dieselben Banken das Geld zu Höchstzinsen weiter an Mitgliedstaaten der EU wie Griechenland. Geld zu einem Zinssatz von einem Prozent aufnehmen und es zu acht Prozent Zinsen weiter verleihen – ein tolles Geschäft für die Ackermanns und Co. Die reiben sich die Hände und verweisen darauf, dass die Europäische Zentralbank Kredite nur an private Geschäftsbanken ausgeben darf, nicht aber an EU-Staaten. So steht es im Statut der Europäischen Zentralbank. Ein Irrsinn. Freilich einer, der Methode hat. Denn so entsteht zusätzlicher massiver Druck in Richtung Abbau staatlicher Leistungen, Privatisierung der Daseinsvorsorge und in Richtung weiterer Entstaatlichung. So wirkt die Wirtschaftskrise, die ja zugleich eine Bankrotterklärung neoliberaler Ideologie war, paradoxerweise als Verstärker neoliberaler Forderungen.

4. Wer zahlt die Zeche?

Dreißig Jahre hat man uns das Hohelied auf Deregulierung, Privatisierung und Profit gesungen, dann kam die Sozialisierung der Verluste, und nun wird Schuldenabbau verlangt und Haushaltskonsolidierung und in deren Gefolge Sozialabbau und Leistungskürzungen aller Art und weitere Privatisierung und Entstaatlichung. Jetzt geht es darum, wer die Zeche zahlen soll für diese Krise.

Bis 2016 will die Bundesregierung rund ein Fünftel des Bundeshaushaltes eingespart haben – und zwar dauerhaft. Sollten die Steuerreformen der FDP und des Wirtschaftsflügels der Union umgesetzt werden, muss gar ein Viertel des Bundeshaushaltes gestrichen werden. Die können den Verteidigungshaushalt auf Null streichen und haben noch nicht einmal annähernd die Hälfte dessen, was sie bis 2016 dauerhaft eingespart haben wollen.

Was da auf uns zukommt ist, so sagt der Sachverständigenrat, ist ein Sparprogramm, wie es die Bundesrepublik noch nicht erlebt hat.

Derweil kommen in den nächsten Jahren zweistellige Milliardendefizite, zwischen 10 und 12 Milliarden Euro Jahr für Jahr, bis 2013 auf uns zu. Und da ist noch gar nicht mit gerechnet, was passiert, wenn die Bundesländer ihrerseits auf die Schuldenbremse einschwenken und – auch das ist absehbar – jährlich hunderte von Millionen Euro an Zuweisungen für die

Kommunen streichen. Hessen, Baden-Württemberg und Sachsen haben damit schon angefangen, und die anderen werden folgen. Was das für unsere Städte bedeutet, ist klar. Griechische Verhältnisse! Mit Schließung von Einrichtungen, Kürzungen an allen Ecken und Enden – bei Vereinen und Initiativen, Straßen und Sportanlagen mit höheren Kitagebühren, mit Personalabbau und Vorstößen, die Löhne zu kürzen. Das alles ist programmiert, wenn – ja, wenn sich an den Rahmenbedingungen ansonsten nichts ändert.

Die freilich sind nicht gottgegeben! Es ist nicht gottgegeben, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen, dass Deutschland in puncto Besteuerung größer Erbschaften und Vermögen eine Steueroase ist - und ein Niedrigsteuerland bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Es ist nicht gottgegeben, dass der Spitzensteuersatz heute bei 45 Prozent liegt, statt bei 53 Prozent, wie noch in der Ära Kohl. Genau so wenig wie das so genannte Steuervollzugsdefizit gottgegeben ist worauf die Länder Jahr für Jahr auf Milliarden Steuerzahlungen aus Betrieben verzichten, die ihnen eigentlich zustehen.

Und es ist nicht gottgegeben, dass ausgerechnet Börsenumsätze, also der Handel mit Wertpapieren, komplett von der Umsatzsteuerpflicht ansgenommen sind, während wir für alles andere Mehrwertsteuer zahlen. Großbritannien nimmt aus der Börsenumsatzsteuer jährlich acht Milliarden Pfund ein. Wir in Deutschland dagegen keinen Cent. Und deshalb unterstütze ich ausdrücklich die Kolleginnen und Kollegen, die hier, erkennbar an

den Robin-Hood-Hüten, für eine Finanztransaktionssteuer
Unterschriften sammeln. Sie haben Recht.

5. Gerecht geht anders

Würden wir bei der Besteuerung von großen Erbschaften und Vermögen auch nur auf das europäische Durchschnittsniveau aufschließen, brächte das jährliche Mehreinnahmen von 33 Milliarden Euro – Geld, das den Bundesländern zustünde, für Bildung zum Beispiel, und um den klammen Kommunen unter die Arme zu greifen. Und da reden wir nicht von Oma ihr klein Häuschen, sondern - um im Bilde zu bleiben – über die Besteuerung der Villa mit Park und Seezugang, wenn diese vererbt wird und als leistungslos erzielt Einkommen – schließlich kann niemand was dafür, in welche Familie er oder sie hineingeboren wird – den Besitzer wechselt. 1,4 Billionen Euro werden nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums in Deutschland bis zum Jahr 2015 vererbt. Und da macht es einen gewaltigen Unterschied, ob dieses Erbe auf dem Niveau einer Steueroase besteuert wird, oder ob ein Teil dieses Reichtums dazu beiträgt, gesamtgesellschaftliche Aufgaben besser bewältigen zu können – im Bildungssektor, beim Klimaschutz und beim Erhalt öffentlicher Infrastruktur – lauter Bereichen, wo es, weiß Gott, jede Menge Handlungsbedarf gibt. Fair und gerecht wäre das allemal. Nur, dass diese Bundesregierung dafür gerade nicht steht.

Deren Außenminister hat unlängst erklärt, dass die Bundesbürger es als Wohltat empfinden würden, wenn – so wörtlich – die „Enteignung über die Erbschaftssteuer beseitigt würde!“

Das ist krass, stellt die Verhältnisse auf den Kopf, ist aber typisch für die Sorte dreisten Lobbyismus zugunsten von Reichen und Kapitalbesitzern, für den Westerwelles Truppe steht. Der gefällt sich ja auch darin, über spätrömische Dekadenz zu schwadronieren und so zu tun, als seien Arbeitslose Müßiggänger, die in Luxus leben.

Kolleginnen und Kollegen, wer so redet, der will Opfer zu Tätern machen. Westerwelle gibt an, im Interesse der Leistungsträger aufzutreten, wenn er sagt, wer arbeitet, dürfe nicht zum Deppen der Nation gemacht werden. Doch das ist reine Demagogie, denn zu Deppen der Nation, Kolleginnen und Kollegen, werden jene gemacht, die Tag für Tag hart arbeiten, ohne davon leben zu können, weil Leute vom Schlage des FDP-Chefs verhindern, dass sie auskömmliche Mindestlöhne erhalten.

6. Mindestlohn

Fünf Millionen Menschen arbeiten zu Stundenlöhnen unter acht Euro, und mehr als 1,3 Millionen Menschen in Deutschland gehen arbeiten und danach aufs Sozialamt, weil der Lohn für die Miete nicht reicht. Die Hälfte der BerufsanfängerInnen beginnen mit wenig Geld in zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnissen und bekommen dann auch noch den Ratschlag: „Gründet doch mal eine Familie!“ Das ist zynisch und das muss sich dringend ändern.

Deshalb sagen wir – an die Adresse der Bundesregierung gerichtet: Arm trotz Arbeit – Das nennt ihr gerecht? Ich sage: gerecht geht anders!

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn auf dem Niveau unserer westeuropäischen Nachbarländer – in Höhe von 8,50 € - auch in Deutschland. Wir brauchen Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen, eben so wie eine Aufstockung des Arbeitslosengeldes II auf 435 Euro und bessere Lebensbedingungen auch für die Erwerbslosen.

7. Kommunen in Not

Und wir verlangen, dass den Kommunen geholfen wird. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, dass die Bundesregierung in einer Situation, wo die Finanzlage vieler Städte katastrophal zu werden droht, Städten wie Oberhausen, Hagen und Duisburg verbietet, ausbilden zu dürfen, und dass denen nichts besseres einfällt, als die Haupteinnahmequelle der Städte, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Das würde die Stadt Hannover in normalen Jahren 500 Millionen Euro an Einnahmen kosten und die Städte bundesweit rund dreißig Milliarden Euro.

Und doch, die Bundesregierung prüft jetzt, ob diese 30 Milliarden Euro nicht besser durch die Bürgerinnen und Bürger – statt durch die Unternehmen aufgebracht werden können: durch eine Art zweiter Einkommensteuer in den Städten, durch Anhebung der Mehrwertsteuer und durch die Verschlechterung von sozialen Standards in den Städten. Stichwort : Prüfung von

Pflichtaufgaben. Das Modell würde zu einer Verlagerung der Steuerlasten von Unternehmens- zu Bürgersteuern, zu einer Verschärfung der Stadt-Land-Problematik, zur fast vollständigen Auflösung des Bundes zwischen Wirtschaft und Kommunen und zu erheblichen Verwerfungen in der kommunalen Steuerbasis führen, sagt der Deutsche Städtetag. Zu Recht, was zu der Frage führt: Was machen die da, Kolleginnen und Kollegen?

8. Steuer- und Finanzpolitik

Unternehmen entlasten, Bürger belasten. Das nennen die gerecht? Ich sage: Gerecht geht anders, zum Beispiel durch die Einbeziehung von niedergelassenen Ärzten, Rechtsanwaltskanzleien und Steuerberatern in die Gewerbesteuer. Von denen machen manche schließlich mehr Gewinn als ein mittelständisches Unternehmen, zum Beispiel durch Übernahme finanzieller Lasten der Kommunen durch Bund und Länder. O.K., dann wird man wohl die Steuergeschenke an Hoteliers und reiche Erben und große Unternehmen zurücknehmen und der Parteispenderklientel von FDP und CDU auf die Füße treten müssen – aber das, Kolleginnen und Kollegen, ist allemal gerechter als diese Klientel zu bedienen und sich anschließend bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern und Arbeitslosen schadlos zu halten.

Überhaupt ist es an der Zeit diese ganze Steuersenkungsattitude von FDP und Union mal an den Fakten zu überprüfen. Da werden den Bürgern baldige Steuergeschenke versprochen. Nie fehlt es dabei an dem Hinweis, dass man vor allem Geringverdiener und

die Mittelschicht entlasten wolle: Mit den Tatsachen freilich hat das nichts zu tun und FDP und Union wissen das genau. Mit einer Reform der Einkommensteuer kann man Geringverdiener und weite Teile der Bevölkerung nämlich gar nicht entlasten. Nahezu 50 Prozent der Haushalte in Deutschland zahlen überhaupt keine Einkommensteuer – weil sie nicht genug Einkommen haben. Das gilt für Niedriglohnempfängerinnen und –empfänger, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose und Studenten. Jede Entlastung kommt also vor allem den Besserverdienenden zugute. Und anschließend? Anschließend stehen alle vor der Frage, wie eine solche Steuerentlastung überhaupt finanziert werden soll und wie das funktioniert. Das haben wir in den letzten Jahren ja anschaulich erlebt. Da wurde die Einkommensteuer gesenkt, wovon vor allem die hohen Einkommen maßgeblich profitieren, und anschließend steigt die Mehrwertsteuer, die jeder zahlen muss.

9. Gesundheitspolitik - Kopfpauschale

Oben entlasten und unten belasten – nach eben dieser Masche möchte Schwarz-Gelb auch das Gesundheitssystem umkrempeln.

Was hat Minister Rösler im Bundestag gesagt? Erinnert ihr euch? „Einen Ausgleich zwischen Arm und Reich halten wir in der Gesundheitssicherung für wenig treffsicher und deswegen für sozial ungerecht.“ Das hat er gesagt. Ein Programmansatz. Und der Hebel dazu ist die Kopfpauschale – also die Einforderung eines einheitlichen Beitrages zur Krankenversicherung, der für alle gleich ist, unabhängig vom Einkommen. Wozu das führt, ist

klar: Wer viel verdient, zahlt weniger, wer wenig verdient, zahlt mehr und wer das nicht aufbringen kann, der darf Harz IV in der Krankenversicherung beantragen und kriegt Sozialhilfe vom Staat. Obendrein sollen die Arbeitgeberbeiträge eingefroren werden, so dass die Kosten des medizinischen Fortschritts künftig allein von den Versicherten aufgebracht werden müssen.

Im Gegenzug werden in weiteren Bereichen Zuzahlungen vorbereitet und Rösler prüft, bei welchen Leistungen die Versicherten künftig in Vorkasse treten sollen. Das ist die Lage: Apotheken wie niedergelassene Ärzte und die private Krankenversicherung: kurz - die eigenen Klientel, die wird bedient, so wie bei den Milliardengeschenken an die Hoteliers und reichen Erben – die anderen werden belastet.

Und das, was bisher eine große Stärke des deutschen Gesundheitssystems war, die Solidarität der Jungen mit den Alten, der Gesunden mit den Kranken, der Besserverdienenden mit den Geringerverdienenden – diese Solidarität wird weiter ausgehöhlt. Gerecht ist das nicht. Gerecht geht anders, Kolleginnen und Kollegen.

Und deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: Lasst die Finger weg von der Kopfpauschale und vom Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages. Deshalb treten wir für eine Bürgerversicherung ein, die alle Einkommensarten und alle Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Krankenversicherung einbezieht. Eine zukunftsfähige Krankenversicherung braucht

nicht weniger, sondern mehr Solidarität – das ist unsere Position, Kolleginnen und Kollegen.

10. Rente erst ab 67

Unsere Position ist es auch, den Unsinn mit der Rente erst ab 67 sein zu lassen. Die Arbeitslosigkeit ist in Folge der Krise wieder gestiegen und die Bundesregierung hat den gesetzlichen Auftrag zu prüfen, ob angesichts der Entwicklung am Arbeitsmarkt am Einstieg in die Rente ab 67 festgehalten wird, oder nicht. Und da nehmen wir nicht hin, wenn Frau von der Leyen als Arbeitsministerin schon mal vorab erklärt, die Rente ab 67 komme wie geplant – Prüfung hin oder her. So verkommt die Prüfung zur reinen Alibiveranstaltung – und das ist nicht akzeptabel. Wie weltfremd muss man eigentlich sein, wenn man glaubt, dass der Dachdecker dann mal eben einen Bürojob übernehmen soll, damit er bis zum 67. Lebensjahr arbeiten kann, und der Busfahrer, die Krankenschwester und der Hochofenarbeiter und all die anderen auch.

Schon heute wissen viele nicht, wie sie unter den gegenwärtigen Belastungen am Arbeitsplatz bis zum 65sten Lebensjahr durchhalten sollen, geschweige denn demnächst bis zum 67sten.

Na klar: Ist man den Belastungen am Arbeitsplatz nicht mehr gewachsen, wird man auch künftig früher in die Rente kommen – nur dann halt mit dauerhaften Rentenabschlägen. Aber das ist es ja gerade! Die Rente erst ab 67 ist ein Rentenkürzungsprogramm und nichts anderes. Und das muss gestoppt werden.

Wenn nämlich nach den ganzen Verschlechterungen der letzten Jahre nun auch noch die Rente erst ab 67 kommt, dann wird ein Durchschnittsverdiener künftig rund 35 Beitragsjahre brauchen, um mehr als Harz IV in der gesetzlichen Rente zu bekommen. Erst ab dann wird es mehr. Und eine Frau, die nur drei Viertel des Durchschnittsverdienstes bekommt, wird dann deutlich mehr als 40 Jahre brauchen, um bei der gesetzlichen Rente mehr als Harz IV zu bekommen. Nur, Kolleginnen und Kollegen, weniger als drei Viertel des durchschnittlichen Monatsverdienstes, da reden wir über 2000/2100 Euro brutto im Monat und da liegen Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern drunter. Was sich da aufbaut, bei den heute 20 – bis 25jährigen ist künftige Altersarmut im großen Stil. Nennt ihr das gerecht? Was da tickt, ist keine demographische, das ist eine soziale Zeitbombe – und die muss entschärft werden. Rente ab 67 – Arm im Alter? Nein! Gerecht geht anders.

Wir brauchen in der gesetzlichen Rente eine Aufwertung von Zeiten von Niedriglohnbezug und Arbeitslosigkeit. Wir brauchen einen erleichterten Zugang zu Erwerbsunfähigkeits- und Erwerbsminderungsrenten. Und dafür wollen wir in den kommenden Monaten Druck machen: aus den Betrieben heraus – auf die Regierung und auf die Parteien!

Und selbstverständlich wollen, können und dürfen wir uns nicht darauf beschränken, um einen früheren auskömmlichen Rentenzugang zu streiten. Unser Augenmerk richtet sich ebenso auf die Situation in den Betrieben selbst und auf die Auseinandersetzung um die Arbeitsbedingungen!

11. Gute Arbeit

Wenn heute – das ist das Ergebnis des DGB-Index Gute Arbeit – nur jeder zweite Beschäftigte davon ausgeht, unter den gegenwärtigen Bedingungen gesund bis zum Rentenalter arbeiten zu können – so muss uns das auf den Plan rufen.

Das jede/r Siebente angibt, fast täglich unter Erschöpfungszuständen zu leiden, ist ein deutlicher Hinweis auf die angespannten Leistungsbedingungen in immer mehr Betrieben.

In den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse immer weiter zugespitzt und prekarisiert. Auf dem einen Pol Menschen ohne Arbeit, auf dem anderen Arbeit ohne Ende. In den Betrieben: Auf dem einen Pol unsichere Arbeitsverhältnisse – Leiharbeit, Befristungen, Minijobs, Armutslöhne – und am anderen Ende maßlose Anforderungen bei gleichzeitiger Ausdünnung der Personaldecke, Entgrenzung der Arbeit und betriebliche Steuerungsmechanismen, mit denen Marktrisiken an Arbeitsteams und den Einzelnen durchgereicht werden – oft mit mehr Freiheit und mehr Druck: Mehr Druck durch mehr Freiheit.

Diese betrieblichen Leistungsbedingungen, Kolleginnen und Kollegen, die wollen wir ins Visier nehmen: in Auseinandersetzung um eine höhere Personalbemessung, um angemessene Zeit- und Terminplanung, um klaren

Informationsfluss und um Beteiligungsrechte, wollen Einfluss nehmen auf die Arbeitsmenge.

Die permanente Bedrohung der Gesundheit und die hohe Wertschätzung, die ihre Bewahrung unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat – trotz schwieriger Krisenbedingungen - bilden heute einen zentralen Bezugspunkt unserer gewerkschaftlichen Aktivitäten in den Betrieben.

Auch und gerade angesichts der neuen auf uns zurollenden Welle von Umstrukturierungen in den Betrieben, auch und gerade angesichts neuer Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Gefolge der Krise auf uns zukommen.

Kolleginnen und Kollegen, vor 120 Jahren demonstrierten Arbeiterinnen und Arbeiter erstmals am 1. Mai gemeinsam und über alle Grenzen hinweg für den Acht-Stunden-Tag. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf und acht Stunden freie Zeit – das gehörte zu ihrer Vision einer besseren Welt. Gute Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Verantwortung für uns, unsere Mitmenschen und unsere Umwelt – das sind auch heute unsere Leitbilder.

12. Gemeinsam gegen Lohn- und Sozialdumping

Darum wenden wir uns gegen alle, die glauben, sie könnten mit Lohn- und Sozialdumping die Krisenfolgen auf die arbeitenden

Menschen, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner abwälzen.

Deshalb unterstützen wir die Redakteure in den Zeitungsverlagen, wo die Verleger die Arbeitszeit um vier Stunden pro Woche verlängern wollen, bei gleichzeitiger Lohnkürzung.

Deshalb unterstützen wir die Kolleginnen und Kollegen bei Karstadt und Kaufhof, hier in Hannover, die sich gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohndumping wehren und für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze eintreten.

Und wir unterstützen die Kolleginnen und Kollegen der Hannoverschen Brauereien, bei der TUI, bei der Conti und weiteren Betrieben, die um den Erhalt der Standards und um faire Arbeitsbedingungen ringen.

Dieses Engagement gegen Ausbeutung, gegen gnadenloses Dumping von Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, dieses Engagement für gute Arbeit und für ein selbstbestimmtes Leben in Würde frei von Armut und Not, dieses Engagement für die Überwindung der Konkurrenz untereinander und für mehr Demokratie - das ist unsere gemeinsame Sache! Dafür stehen wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hier in Hannover und mit uns Millionen von Menschen überall auf der Welt.

Ich danke euch.